HAMBURG **19.** Jahrgang
#56 Juli/August 2024

Senioren-Echo

ZEITUNG – NICHT NUR – FÜR SENIOR*INNEN DER IG METALL REGION HAMBURG



INFLATIONS-AUSGLEICH UND RENTENREFORM

Ein breites Bündnis aus Sozialverbänden (SoVd, VdK, Arbeiterwohlfahrt) und Gewerkschaften (IG Metall, ver.di), sowie zahlreichen Seniorenbeiräten aus dem Norden fordern einen Inflationsausgleich für Rentner:innen.

3.000 €
INFLATIONSAUSGLEICH

Ja, ein Inflationsausgleich für Rentner:innen ist gerade für die Bezieher:innen kleiner Renten unbedingt notwendig und gerecht. 42,3 Prozent aller Rentner:innen erhalten weniger als 1.250 Euro Rente netto pro Monat und ein Viertel von ihnen erhält sogar weniger als 1.000 Euro. Von den niedrigen Renten sind hauptsächlich Frauen betroffen.

Seit 2021 liegen die Rentenanpassungen unter den Inflationsraten und decken bei weitem nicht die Teuerungen vor allem bei den Mieten, Lebensmitteln und Energiekosten. Immer häufiger reicht die Rente nicht bis zum Monatsende. Diese Entwicklung ist der Grund für unsere Forderung nach einem Inflationsausgleich auch für Rentner:innen.

Zu Recht haben die Gewerkschaften neben den tabellenwirksamen Gehaltserhöhungen in vielen Tarifrunden einen Inflationsausgleich in Höhe von 3.000 Euro gefordert, wenn auch nicht immer in voller Höhe durchgesetzt bekommen. Inzwischen erfreuen sich auch die Pensionär:innen des Bundes und der Länder über einen anteiligen Inflationsausgleich, der durch einen

→ Fortsetzung auf der nächsten Seite

2 MELDUNGEN I
USA: Autogewerkschaft UAW macht Dampf • Die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen

3 DEN ASOZIALEN GEHT ES BLENDEND
Eine gut situierte Familie aus dem Mittelstand, beide Eltern haben einen gut bezahlten Job...

4 DIE KRIEGSTROMMELN WURDEN GERÜHRT
Die Kriegsbegeisterung erfasste das gesamte Volk. Es gab nur wenige mahnende Stimmen...

5 RENTEN NICHT FINANZIERBAR – VON WEGEN!
In den Medien wird immer wieder verbreitet, dass die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) mit enormen Mitteln aus dem Bundeshaushalt bezuschusst wird...

5 BUCHBESPRECHUNG
Bernie Sanders vertritt seit 2007 als Unabhängiger den US-Bundesstaat Vermont im US-Senat. Sein neustes Buch trägt den Titel »Es ist okay, wütend auf den Kapitalismus zu sein«.

6 GRUNDSICHERUNG IM ALTER UND BEI VOLLER ERWERBSUNFÄHIGKEIT
Den Anspruch auf Unterstützung durch das Sozialamt prüfen...

Tarifvertrag vereinbart wurde. Das ist auch gut so.

Wir gesetzlich versicherte Rentner:innen sollen allerdings keinen Inflationsausgleich erhalten. Das ist nicht gerecht. Das führt zunehmend zu existentiellen Problemen bei geringem Alterseinkommen. Natürlich wäremit einer Inflationsausgleichszahlung nicht die Altersarmut beendet oder das niedrige Rentenniveau von 48 Prozent angehoben. Aber es ist ein dringend erforderlicher Schritt, damit die Schlangen vor den Tafeln nicht noch länger werden und das Flaschensammeln nicht zur Norm für Rentner:innen wird.

Eine grundlegende Rentenreform ist nötig, um langfristig – nach getaner Arbeit – ein würdevolles Rentner:innenleben zu ermöglichen. Darum fordern wir als IG Metall den Neuaufbau einer solidarischen Alterssicherung: (so wie auf dem Gewerkschaftstag 2023 beschlossen)

- Eine Stabilisierung und Anhebung des Rentenniveaus auf 53 Prozent (Sicherungsniveau vor Steuern)
- Ein klares Nein zur Rente mir 67 und jeder weiteren Anhebung der Regelaltersgrenze
- Die Einführung einer solidarischen Erwerbstätigenversicherung, in die alle Berufsgruppen einbezogen werden
- Ein Nein zur Einführung einer Aktienrente in der gesetzlichen Rentenversicherung und der Verwendung von Rentenversicherungsbeiträgen für kapitalgedeckte Finanzierungswege
- eine flächendeckende Verbreitung einer ergänzenden, arbeitgeberfinanzierten Betriebsrente für alle, mit garantierter Mindestleistung, Arbeitgeberhaftung und einen Bestandsschutz für bestehende betriebliche Regelungen

Um der sozialen Gerechtigkeit willen, um unserer Kinder und Enkelkinder willen, um des demokratischen Zusammenhalts willen sollten wir es gemeinsam anpacken und diesen Weg beschreiten. ■

Es gibt eine breite Unterstützung für unsere Forderung nach einem Inflationsausgleich für Rentner:innen.

Bei Redaktionsschluss hatten sich bereits weit über **150.000** Menschen mit ihrer **Unterschrift** hinter diese Forderung gestellt.

Am 15. Juni wurden im Rahmen einer **Kundgebung** auf dem **Hamburger Rathausmark**t die bisher gesammelten Unterschriften an den Hamburger Finanzsenator Andreas Dressel übergeben.

MELDUNGEN I

USA: Autogewerkschaft UAW macht Dampf

Es ist ein Signal für Volkswagen, aber auch für alle ausländischen Autohersteller in den USA: Die Arbeiter:innen im VW-Stammwerk in Chattanooga, Tennessee, haben sich im April mit großer Mehrheit für eine Vertretung durch die Gewerkschaft UAW entschieden. Fast drei Viertel der Abstimmenden (73 Prozent) votierten für eine Gewerkschaftsvertretung. Künftig wird VW sich bei Gehaltsverhandlungen, Einstellungen und anderen Themen also mit der Gewerkschaft im Werk einigen müssen. Der neue Vorsitzende der Auto-Gewerkschaft UAW, Shawn Fain, räumte mit der Korruption an der Gewerkschaftsspitze auf und mischt die Autoindustrie in den USA auf. Im vergangenen Herbst setzte sie nach einem wochenlangen Streik bei den US-Konzernen General Motors, Ford und Stellantis bessere Arbeitsbedingungen und Einkommenserhöhungen von rund 25 Prozent durch. Shawn Fain: »Wenn die Arbeiter bei VW eine Vereinbarung wie die bei Ford hätten, bekämen sie dieses Jahr 23.000 US-Dollar Gewinnbeteiligung.« Auch Tesla ist im Visier der UAW. Zu deren Eigner, Elon Musk, meint er: »Er ist der Inbegriff von allem, was auf dieser Welt nicht stimmt.« ▪

Die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen

Die Kölner Oberstaatsanwältin Anne Brorhilker hat seit 2013 in Cum-Ex Verfahren einige hohe Tiere vor Gericht gebracht. Jetzt hat sie hingeschmissen. Wir erinnern uns: Banker, Berater und Aktienhändler ließen sich Steuern erstatten, die nie jemand gezahlt hatte – ein Griff in die Staatskasse. Der geschätzte Steuerschaden durch Cum-Ex, Cum-Cum und ähnlichen Geschäften beträgt mindestens 150 Milliarden Euro für zwölf Länder in den Jahren 2000 bis 2020, errechnete das Recherche-Netzwerk CORRECTIV. Brorhilker ist gegangen, weil sie nicht mehr daran glaubt, die Interessen des Rechtsstaats gegen Banker und Manager verteidigen zu können. Mit Lobbyarbeit versuche die Finanzbranche, ihre Interessen durchzusetzen, sagte sie in einem Interview. »Das ist systemisch.« Die Aufklärungserfolge bei großen Wirtschafts- und Steuerdelikten ist gering. Wirtschaftkriminelle rauben dem Volk weitgehend ungestört Millionen. Entgangene Steuermilliarden fehlen für Kitas, Schulen, Armutsbekämpfung und Strafverfolgung.▪

DEN **ASOZIALEN** GEHT ES **BLENDEND**

Eine gut situierte Familie aus dem Mittelstand, beide Eltern haben einen gut bezahlten Job. Die zwei Kinder gehen noch zur Schule. Der Vater geht gern auf die Jagd, die Mutter betätigt sich künstlerisch.



Auch diese Familie ist von der hohen Inflation, den gestiegenen Kosten für Energie und Lebensmittel betroffen. Das Haushaltsbudget bröckelt, Maßnahmen müssen getroffen werden. Die Entscheidung ist gefallen: Das Taschengeld der Kinder wird gestrichen. Ein Aufschrei der Entrüstung: Das ist asozial! Genau, aber es ist die Leitlinie der neoliberalen »Propheten« – streichen bei den Schwächsten, die sich am wenigsten wehren können.

Da haben wir Friedrich Merz, der, wie auch sein Generalsekretär Carsten Linnemann, keine Gelegenheit auslässt, für angeblich arbeitsunwillige Bürgergeldempfänger:innen harte Sanktionen fordert. Es sind zwar verschwindend wenige, die davon betroffen wären, aber was kratzt es den »Privatflieger« Merz. Übrigens, er selbst würde mit dem Betrag des Bürgergeldes höchsten ein bis zwei Tage überleben. Der gelernte Jurist Merz wurde als Leiter des Verkaufs der WestLB an einen privaten Investor eingesetzt. Sein Tageshonorar soll damals 5.000 Euro pro Wochentag betragen haben, im Jahr satte 1.980.000 Euro. Später war er neben zahlreichen Aufsichtsratsmandaten als Lobbyist bei dem größten Vermögensverwalter der Welt, BlackRock, tätig. Mehrmals geriet er in Interessenkonflikte zwischen seiner politischen und wirtschaftlichen Tätigkeit. Mit seiner populistischen Aussage, das sich Geflüchtete hier die Zähne machen lassen und »Deutsche« keine Arzttermine bekommen, hatte die Anbiederung an AfD-Wähler:innen ihren Höhepunkt.

Neoliberale Heilsbringer

Die Union hat ein unerschöpfliches Reservat an neoliberalen Heilsbringern. Da haben wir Philipp Amthor, die CDU-Nachwuchshoffnung. Auch sein Hauptfeind: die arbeitsunwilligen Bürgergeldempfänger:innen. Amthor bekleidete einen Aufsichtsratsposten bei der IT-Firma Augustus Intelligence mit Aktienoptionen im Wert von 250.000 US-Dollar und leistete darüber hinaus kräftig Lobbyarbeit. Nebenbei ließ er sich zahlreiche Privatflüge von dieser Firma finanzieren. Ganz nach dem Motto: Taschen vollstopfen und auf Schwächeren herumtreten.

Endlich mal kein Jurist, aber dafür einer, der von Ökonomie nur begrenzt Ahnung hat. Christian Lindner gründete mit Partnern die Internetfirma Moomax GmbH mit Krediten der bundeseigenen KfW. Die Firma ging pleite und hinterließ den Steuerzahlern einen Schaden von 1,2 Millionen Euro. Danach suchte er sein Heil in der Politik und stieg zum Vorsitzenden der FDP auf. Sein Festhalten an der Schuldenbremse stößt selbst bei konservativen Ökonomen auf Unverständnis. Dabei wäre es jetzt wichtig, mehr Schulden zu machen und dieses Geld in die kriselnde Wirtschaft und soziale Grundsicherung zu investieren. Jedes fünfte Kind in Deutschland ist von Armut bedroht, aber für eine Kindergrundsicherung ist die FDP nicht zu haben. Auf ihrem Parteitag im April forderten sie massive Sozialkürzungen. Nicht das erste Mal in der Geschichte der FDP.

Ja und was ist mit der AfD? Die hat im Moment sehr mit sich selbst zu tun.

Vorwürfe wegen undurchsichtiger Geldzahlungen aus Russland und Spionage-Ermittlungen gegen den Mitarbeiter des EU-Spitzenkandidaten Maximilian Krah. Sicher ist, soziale Kompetenz war nie das Ding der AfD. Gegen Mindestlohn, gegen Tarifverträge, gegen soziale Absicherung, gegen Migrant:innen. Dagegen Deutschtümelei und autoritäre Strukturen – da haben Schwächere keinen Platz.

Die IG Metall stellt sich mit einer Sozialstaatsoffensive einem weiteren Sozialabbau in den Weg. Wir wollen einen Sozialstaat, in dem alle sicher und würdevoll leben können und keine Gesellschaft, in der das Recht des Stärkeren gilt. ■

Günter Hameister

KRIEG UND FRIEDEN

DIE KRIEGSTROMMELN WURDEN GERÜHRT

Die Kriegsbegeisterung erfasste das gesamte Volk. Die bekanntesten deutschen Künstler wie Max Liebermann, Ernst Barlach und Ernst Ludwig Kirchner beflügelten die Euphorie. Die Industrie wurde erfolgreich auf Kriegsproduktion umgestellt.



Plakat »Nie wieder Krieg«, 1924, Buntstift und Pinsel, Lithographie (Transfer) © Käthe Kollwitz Museum Köln

Es gab nur wenige mahnende Stimmen, und diese mahnenden Stimmen wurden diffamiert und beschimpft. Käthe Kollwitz widersetzte sich der patriotischen Ekstase. Lediglich Karl Liebknecht stimmte im Reichstag gegen die Bewilligung der Kriegskredite. Das war 1914.

Heute, 2024, fordert unser Verteidigungsminister die Bevölkerung auf Kriegstüchtigkeit einzustimmen. »Der Krieg ist nach Europa zurückgekehrt und deshalb leisten wir unseren Beitrag. Die Zeit der Friedensdividende ist vorbei«, so Boris Pistorius am 7. Mai in New York. Die Forderung nach Wiedereinführung der Wehrpflicht wird lauter. Der Schraubenmilliardär Würth fordert die Industrie auf, sich auf Kriegsproduktion umzustellen. Der Vorstandsvorsitzende von Rheinmetall bejubelt die Trendwende. Die Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) will im Schulunterricht die Kinder auf den Verteidigungsfall vorbereiten. Die Fraktionen des Bundestages stimmten in Eintracht für die Einführung des Veteranentages. Es gibt Stimmen, die Zahlreiche Stimmen werten Willy Brandts Entspannungspolitik als Irrtum. Die Bevölkerung wird durch Politik und Medien auf Kriegsbegeisterung eingestimmt.

Mahnende Stimmen finden kaum Gehör

Es gibt berühmte mahnende Stimmen, wie z.B. Klaus von Dohnanyi, die in Politik und Medien aber kaum Gehör finden. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Münzenich, der vorsichtig mahnt, nicht nur über Krieg, sondern auch über Frieden zu reden, wird von vielen Abgeordneten im Bundestag und den Leitmedien dafür kritisiert. Der Krieg in der Ukraine darf nicht weiter eskalieren. Diplomatie statt Kriegsrhetorik, um dem Sterben ein Ende zu setzen, ist das Gebot der Stunde.

Die Lehren aus zwei Weltkriegen werden ignoriert. Es wird Zeit, dass aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt wird. ■

Erik Merks

RENTEN NICHT FINANZIERBAR – VON WEGEN!

In den Medien wird immer wieder verbreitet, dass die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) mit enormen Mitteln aus dem Bundeshaushalt bezuschusst wird.

Das ist richtig und auch notwendig, weil die gesetzliche Rentenversicherung zahlreiche staatliche Sozialleistungen tätigt, die nicht durch Versicherungsbeiträge gedeckt sind. Diese Sozialleistungen haben alle ihre Berechtigung, sind jedoch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und deshalb auch aus Bundesmitteln zu finanzieren. Zu diesen versicherungsfremden Leistungen gehörten nach dem 2. Weltkrieg Kriegsopferrenten oder nach der Wiedervereinigung die Finanzierung der Ost-Renten. Aber auch die Grundrente, die Erwerbsminderungsrenten, die Berufsunfähigkeitsrenten oder die Mütterrenten und weitere Sozialleistungen.

Um dem Eindruck zu begegnen, die Rentner:innen hingen am finanziellen Tropf des Bundes, sind die versicherungsfremden Leistungen dem Bundeszuschuss gegenüber zu stellen. So standen 2021 eine Summe von 117,5 Mrd. Euro versicherungsfremder Leistungen gegen einen Bundeszuschuss von 78,9 Mrd. Euro. Ein Defizit von 38,6 Mrd. Euro zu Lasten der Versicherten.

Dieses Defizit summierte sich von 1957 bis heute auf rund eine Billion Euro. Bei einer vollen Deckung der versicherungsfremden Leistungen könnte das Rentenniveau deutlich höher sein. Mit einer Erwerbstätigenversicherung wären wir der Gerechtigkeit ein gehöriges Stück näher. ■

Günter Hameister

BUCHBESPRECHUNG

Bernie Sanders vertritt seit 2007 als Unabhängiger den US-Bundesstaat Vermont im US-Senat. 2016 und 2020 trat er als parteiloser Präsidentschaftskandidat bei den Vorwahlen der Demokraten an. Er veröffentlichte zahlreiche Bücher, zuletzt 2023 das Buch mit dem Titel »Es ist okay, wütend auf den Kapitalismus zu sein«.

Laut Bernie Sanders haben wir Grund genug, wütend auf den Kapitalismus zu sein. Mehr noch: Unsere Wut ist der erste Schritt in eine neue Zukunft. Wir müssen anerkennen, dass wirtschaftliche Rechte Menschenrechte sind, und eine Gesellschaft schaffen, die einen angemessenen Lebensstandard für alle bietet. Denn wie schon sein Vorbild Franklin D. Roosevelt sagte: »Echte individuelle Freiheit kann es ohne wirtschaftliche Absicherung und Unabhängigkeit nicht geben«.

Berni Sanders rechnet gnadenlos mit den Superreichen ab. In den USA ist jede:r Präsident:in von Parteispenden der Reichen abhängig. Im Jahr 2019 spendete ein Ehepaar allein 218 Millionen US-Dollar, um ihre Interessen durchzubringen. Die Ungleichheit zwischen arm und reich ist in kaum einem Land so groß wie in den USA. Das reichste Industrieland hat die höchste Kinderarmut. Arme Menschen haben nur begrenzten Zugang zum privaten Gesundheitssystem. Das ist auch der Grund, warum in keinem vergleichbaren Land so viele Corona-Tote zu beklagen waren. Die USA haben 2021 das teuerste Gesundheitssystem aller vergleichbaren Staaten, nämlich pro Kopf 12.530 Dollar. Die anderen Industriestaaten nur 40–60 Prozent davon. Die größten Krankenversicherer steigerten ihre Gewinne im selben Jahr um 60 Milliarden US-Dollar – die drei Pharma-Riesen um 90 Prozent auf 54 Milliarden US-Dollar. Die reine Verwaltung allein kostet fast doppelt so viel wie in Kanada. Solche Zustände haben auch Auswirkungen auf die Lebenserwartung der Bevölkerung. Diese ist 4–6 Jahre niedriger als in vergleichbaren anderen Industriestaaten. Krasser drückt sich das noch bei den Armen und Reichen aus – 64 Jahre bei den armen und 78 Jahre bei den reichen Menschen.





Der ungezügelte Kapitalismus treibt die globale Ungleichheit unaufhaltsam voran. Er untergräbt unsere Demokratie und zerstört unseren Planeten. Für Bernie Sanders gibt es nur einen Ausweg: Wir müssen dem unmoralischen Prinzip, das von hemmungsloser Gier angetrieben wird, endlich ein Ende setzen – und die Würde des Menschen ins Zentrum aller gesellschaftlichen Überlegungen rücken. Das Buch ist im Buchhandel erhältlich.

Heinrich Dannenberg

GRUNDSICHERUNG IM ALTER UND BEI VOLLER ERWERBSUNFÄHIGKEIT

DEN EIGENEN ANSPRUCH ÜBERPRÜFEN

Rentner:innen und dauerhaft voll Erwerbsunfähige, deren Einkommen nicht für einen angemessenen Lebensunterhalt reicht, haben Anspruch auf Unterstützung durch das Sozialamt.

Um diesen Anspruch geltend zu machen, muss ein Antrag beim Sozialamt gestellt werden. Ist bei der Rentenbewilligung aufgrund der geringen Höhe anzunehmen, dass ein Anspruch auf Grundsicherung bestehen könnte, weist die Rentenversicherung im Bewilligungsbescheid für die Rente auf diese Möglichkeit hin.

Die Hemmschwelle, Grundsicherung zu beantragen, ist jedoch sehr hoch. Viele Anspruchsberechtigte stellen gar nicht erst einen Antrag beim Sozialamt – verschiedenen Schätzungen zufolge mindestens 50 Prozent (im Westen mehr als im Osten, Witwen und Witwer weniger häufig als der Durchschnitt und Wohnungseigentümer fast nie).

Dabei ist der Bezug von Grundsicherung ihr gutes Recht. Viele wissen aber nicht, dass sie einen Anspruch haben. Andere scheuen den Gang zum Sozialamt, weil sie befürchten, dadurch stigmatisiert zu werden oder fühlen sich außerstande, die umfangreichen Antragsunterlagen auszufüllen.

Die Grundsicherung ist, genau wie Tarifverträge, nichts, was vom Himmel gefallen ist. Beides ist von Gewerkschaften, Sozialverbänden und sozialorientierten Politiker:innen hart erkämpft worden und muss immer wieder gegen Angriffe verteidigt werden. Beispiel sind die gegenwärtigen Angriffe auf die Höhe des Bürgergeldes. Da das Bürgergeld und die Grundsicherung im Alter gleich hoch sind, würde eine Senkung des Bürgergeldes auch bedürftige Rentner:innen treffen. Diese werden bei diesen Angriffen tunlichst jedoch nie erwähnt.

Fazit: Wer das Gefühl hat, dass das Einkommen nicht für ein angemessenes Leben reicht, sollte überprüfen, ob ein Anspruch auf die Grundsicherung im Alter besteht.

Die Höhe der Grundsicherung im Alter beträgt im Jahr 2024:

	Alleinstehende	Paare
Regelsatz	563 €	942 €
Miete mit kalten NK (max.)	543 €	659 €
angemessene Heizkosten (z.B.)	120 €	150 €
gesamt:	1.226 €	1.751 €

Wer ein Gesamtnettoeinkommen als Alleinstehender unter 1.300 € oder als Paar unter 1.900 € hat, sollte unbedingt einen Antrag auf Grundsicherung stellen.

Für jede Person, die auf eine Grundrentenzeit von mindestens 33 Jahren (steht im Rentenbescheid) kommt, gibt es zusätzlich einen maximalen Freibetrag beim Einkommen in der Höhe eines halben Regelsatzes, also bei Alleinstehenden 281 Euro, bei Paaren für jede Person mit entsprechenden Grundrentenzeiten 235 Euro.

In diesem Fall sollten Alleinstehenden einen Antrag stellen, wenn das Einkommen unter 1.600 Euro liegt, bei Paaren unter 2.500Euro.

Im Jahr 2022 betrug die durchschnittliche Rente von Hamburger Rentner:innen, die mindestens 35 Versicherungsjahre hatten, bei Männern 1783 Euro Brutto und bei Frauen 1394 Euro Brutto. Wer außer der eigenen gesetzlichen Rente kein weiteres Einkommen hat und eine unter dem Durchschnitt liegende Rente bezieht, hat als männlicher Alleinstehender, abhängig von der Miethöhe, häufig einen Anspruch, als Frau fast immer.

Weitere Vergünstigungen beim Bezug von Grundsicherung im Alter

In Hamburg haben Bezieher:innen von Grundsicherung das Recht auf einen Zuschuss von monatlich 30 Euro auf ein Jahresabo für den öffentlichen Verkehr – würden also für 19 Euro monatlich das Deutschlandticket beziehen können. Auch die Kosten für eine Privathaftpflichtversicherung, die Hausratsversicherung sowie eine Sterbegeldversicherung in angemessenem Umfang werden vom Sozialamt übernommen. Ein weiteres Plus ist die Befreiung von Rundfunkgebühren.

Vermögensanrechnung

Wer ein Vermögen als Alleinstehende:r von über 10.000 Euro oder als Paar von über 20.000 Euro hat, bekommt erst dann Grundsicherung, wenn das über diesem Schonvermögen liegende Geld aufgebraucht ist. Hausrat, zum Beispiel, zählt nicht zum Vermögen.

Auch eine Eigentumswohnung oder ein eigenes Haus muss nicht verkauft oder beliehen werden, wenn die Größe nicht unangemessen ist. Bei einer Eigentumswohnung wäre bei einem/einer Bewohner:in eine Größe von maximal 60 m² angemessen, bei zwei Personen unter 80 m². Beim Haus dürfen es auch 10 m ² mehr sein. Bei den Wohnkosten zählen allerdings nur die Betriebskosten, das Geld für Reparaturen und eventuell Kreditzinsen, aber kein Abtrag. Also ist auch dies häufig kein Anlass zum Zögern. Im Zweifelsfall kann man später den Antrag zurückziehen, wenn man mit eventuellen Auflagen des Sozialamtes nicht leben kann.

Rückgriff auf Kinder oder Eltern

Kinder oder Eltern müssen nur dann finanziell eintreten, wenn ihr jährliches Bruttoeinkommen bei über 100.000 Euro liegt. Keine Angst vor dem Antragsverfahren

Niemand muss befürchten, sich für den Antrag in eine Warteschlange beim Sozialamt einreihen zu müssen. Alles lässt sich von zu Hause erledigen und wer Hilfestellung bei der Beantragung braucht, kann sich z.B. an die Sozialverbände wenden. Die Leistungen werden bei Bewilligung ab dem Monat gezahlt, an dem der Antrag gestellt wird. Die Antragsstellung kann zur Terminsicherung auch formlos ohne alle Unterlagen beim Sozialamt gestellt werden. Die Unterlagen sind dann nachzureichen.

Letztendlich ist die erfolgreiche Antragsstellung kein Hexenwerk und, sofern man Hilfe in Anspruch nimmt, für jeden möglich. ■

Heinz-Dieter Wenck



MELDUNGEN II

Trendstudie »Jugend in Deutschland 2024«

Sorgen bereiten vielen der befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Inflation (65 Prozent) und Kriege (60 Prozent), aber auch teurer und knapper Wohnraum (54 Prozent), der Klimawandel und eine Spaltung der Gesellschaft (je 49 Prozent). Die größten Steigerungsraten gegenüber dem Vorjahr hat die Zunahme von Flüchtlingsströmen (41 Prozent) und das Erstarken von rechtsextremen Parteien (44 Prozent). Die Angst vor Altersarmut erreicht einen neuen Höhepunkt (48 Prozent). Beängstigend ist, dass die Anzahl der jungen Menschen, die zur AfD tendieren, sich mit 22 Prozent fast verdoppelt hat.▪

Armut weiter im Vormarsch

Hamburg ist eine der reichsten Städte und hat gleichzeitig mit 19,5 Prozent die höchste Armutsquote im Norden. Es folgen Mecklenburg-Vorpommern mit 18,8 Prozent, Niedersachsen mit 17,9 Prozent und Schleswig-Holstein mit 16,9 Prozent. Besonders hoch ist die Armutsquote bei Kindern und alten Menschen. So lebt mehr als jedes fünfte Kind und alte Menschen (17,5 Prozent) in Armut. Der Paritätische, der diese Zahlen ermittelt und in seinem Armutsbericht veröffentlicht hat, fordert die Bundesregierung zu einer entschlossenen Armutspolitik auf. Aus Sicht des Verbandes gehört dazu unter anderem die Anhebung des Mindestlohns auf 15 Euro, der Ausbau der Kinderbetreuung, eine Kindergrundsicherung, die vor Armut schützt und eine solidarische Pflegeversicherung als Vollversicherung.▪

Nachruf

Wir nehmen Abschied von unserer Kollegin

Krista Deppe

*29.03.1939 † 27.02.2024

Krista gehörte jahrzehntelang in jeder Beziehung zu unseren aktiven Mitgliedern im Bereich der Außerbetrieblichen Gewerkschaftsarbeit (AGA). Sie war in diversen AGA-Arbeitskreisen – beispielsweise im AK Altona, im AK Senioren Hamburg, u.v.m. und in der Delegiertenversammlung der IG Metall Region Hamburg aktiv.

Krista war Gründungsmitglied unseres Senioren-Echos und war dort viele Jahre die Sprecherin des Redaktionsteams. Das erste Senioren-Echo erschien am 16. März 2006. Mittlerweile sind 55 Ausgaben veröffentlicht worden.

Krista war eine sehr engagierte Kollegin und hat sich Zeit ihres Lebens für die Belange ihrer Kolleg:innen und Mitmenschen stark gemacht und für mehr soziale Gerechtigkeit eingesetzt.

Wir werden sie nicht vergessen und ihr ein ehrendes Andenken bewahren.

IG Metall Region Hamburg

das Team der Geschäftsstelle

das Redaktionsteam des Senioren-Echos

Eure Meinung ist uns wichtig!

Wir freuen uns auf eure:

- Anregungen
- Vorschläge
- Kritik

Sendet diese bitte an:

E-Mail: igm.senioren-echo@gmx.de

Brief: IG Metall Region Hamburg
z.H. Kristin Schultz
Besenbinderhof 60
20097 Hamburg

Termine:

Arbeitskreise Senioren:

Bergedorf:	2. Juli, 6. August, 3. September, 1. Oktober
Hamburg:	24. September
Stade:	10. Juli, 14. August, 11. September, 9. Oktober

Wohnbereiche:

Altona:	28. August, 30. Oktober
Bargteheide-Ahrensburg:	26. August, 30. September, 28. Oktober
Stade:	jeden Donnerstag von 17:00 – 19:00 Uhr

Weitere Infos zu den Sitzungen (Ort, Uhrzeit, etc.) **erhaltet ihr über die Geschäftsstelle:**

kristin.schultz@igmetall.de

Impressum: IG Metall, Wilhelm-Leuschner-Str. 79, 60329 Frankfurt, vertreten durch den Vorstand, 1. Vorsitzende: Christiane Benner
V.i.S.d.P./Verantwortlich nach § 18 Abs. 2 MStV: Ina Morgenroth, IG Metall Region Hamburg, Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg
Redaktion: Günter Hameister, Heinrich Dannenberg, Gunter Drewes, Bernd Hahmeyer, Erik Merks, Walter Molter, Johannes Müllner
Anschrift der Redaktion: SENIOREN-ECHO c/o IG Metall Region Hamburg, Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg, Telefon 040 284086-234
Kontakte: igm.senioren-echo@gmx.de Gestaltung: drucktechnik-altona.de/Peter Bisping/Jana Knaak. Druck: Dierichs Druck + Media GmbH & Co. KG, Kassel